

An die Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Münster
- Herrn Ratsherr Stefan Weber, CDU-Fraktion
- Herrn Ratsherr Dr. Michael Jung, SPD-Fraktion
- Herrn Ratsherr Otto Reiners, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
- Frau Ratsfrau Carola Möllemann-Appelhoff, FDP-Fraktion
- Herrn Ratsherr Rüdiger Sagel, Fraktion DIE LINKE.
An den Sprecher der Ratsgruppe Piraten/ÖDP
Herrn Ratsherr Johannes Schmanck
sowie
- Herren Ratsherr Richard Mol, Ratsherr Uwe Raffloer
- Herren Ratsherr Martin Schiller, Ratsherr Pascal Powroznik
An die Fraktionsgeschäftsstellen

16.03.2015

Bremer Modell – weitere Entwicklungen

Sehr geehrte Frau Möllemann-Appelhoff,
sehr geehrte Herren,

zuletzt hatte ich Sie mit Schreiben vom 19.02.2015 darüber informiert, dass die Verwaltung dabei sei, sich mit den näheren Bedingungen des „Bremer Modells“ zu befassen, um anschließend zur weiteren Umsetzung eine Vorlage zu fertigen. In der Zwischenzeit haben sich einige Entwicklungen ergeben, über die ich hiermit gerne informiere.


Die Aktivitäten der Stadt Münster, die Krankenbehandlung für Flüchtlinge sowie für Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf eine gesetzliche Krankenversicherung in Anlehnung an das „Bremer Modell“ zu übertragen, sind von einigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. In der Folge haben zahlreiche Kommunen bei der Stadt Münster nachgefragt, um sich über den Stand der Überlegungen zu erkundigen. Auch hat es Anfragen aus dem kommunalen Bereich Nordrhein-Westfalens bei der AOK Bremen/Bremerhaven gegeben, um auch dort das „Bremer Modell“ einzuführen. Dies wiederum hat dazu geführt, dass auf Vorstandsebene zwischen der AOK Nordwest, zu deren Bereich die Stadt Münster gehört, und der AOK Bremen/Bremerhaven Gespräche geführt wurden, die zum Ergebnis hatten, dass zunächst auf Landesebene Nordrhein-Westfalen geklärt werden solle, ob die Landesregierung eine zum Bremer Modell analoge Landeslösung anstrebe.

Um über den Stand des Verfahrens auf nordrhein-westfälischer Ebene nähere Informationen zu erhalten, habe ich ein Gespräch mit Herrn Litsch, dem Vorstandsvorsitzenden der AOK Nordwest, geführt. Dabei habe ich erfahren, dass die Gespräche zwischen den für Nordrhein-Westfalen zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkassen und der Landesregierung, hier Frau Ministerin Steffens, bereits aufgenommen wurden und intensiv geführt werden. So ist geplant, eine Rahmenvereinbarung zu treffen, die die Einführung der Krankenversichertenkarte auf kommunaler Ebene bei landesweit einheitlichen Rahmenbedingungen ermöglicht. Über die Eckpunkte dieser Rahmenvereinbarung soll zwischen den genannten Krankenkassen und dem Land bereits eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt worden sein. Die AOK Nordwest rechnet damit, dass in der laufenden Woche ein erster Vereinbarungsentwurf zwischen dem Land und den Krankenkassen diskutiert werden kann. Eine Einbindung der kommunalen Seite ist bislang allerdings nicht erfolgt.

Ich habe das daher zum Anlass genommen, den Städtetag Nordrhein-Westfalen zu bitten, sich aktiv in die Gespräche einzubringen, um auch die Interessen der Stadt Münster zu vertreten.

Ich bin zuversichtlich, dass es wegen des großen Interesses auch des Landes Nordrhein-Westfalen an der Einführung einer Krankenversicherungskarte für Flüchtlinge sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu einer zügigen Lösung kommt. Die Verwaltung wird sich in diesen Prozess intensiv einbringen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Paal'. The signature is written in a cursive style with a prominent horizontal stroke at the beginning.

Thomas Paal